



Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 18/1342

Kiel, 14.6.2013

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Streikrechts für bestimmte Beamtinnen und Beamte

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN- Drucksache 18/731

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Landesvorstands der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb bedanke ich mich für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme.

Die DPoIG lehnt den Gesetzentwurf ab.

Richtigerweise beschreibt die Fraktion der PIRATEN, dass Beamte in den letzten Jahren wegen der öffentlichen Haushaltslage eine deutliche Arbeitsverdichtung bei gleichzeitiger Absenkung der Alimentation haben hinnehmen müssen. Ebenso werden die Befürchtungen der DPoIG von der Fraktion der PIRATEN geteilt, dass auch künftig eine Übernahme von Tarifverträgen zur Disposition steht und weitere Arbeitsverdichtungen durch Stelleneinsparungen zu erwarten sind.

Mit Besorgnis und Unverständnis nimmt die DPoIG zur Kenntnis, dass es mittlerweile parteiübergreifend gängige Praxis geworden ist, Haushaltseinsparungen dadurch zu gewährleisten, in dem man Sonderopfer von Beamten abfordert. Das Sonderstatusverhältnis von Beamten lädt offenbar gerade in schwierigen Haushaltssituationen dazu ein, die diesbezügliche „Wehrlosigkeit“ von Beamten zu nutzen. Im Gegensatz zu den Arbeitnehmern sind mit Beamten keine gleichberechtigten Tarifverhandlungen zu führen, vielmehr wird die Beamtenbesoldung durch politische Mehrheitsentscheidung gesetzlich geregelt. Grenze dieses Verfahrens ist lediglich der Anspruch der Beamten auf eine amtsangemessene Alimentation aus den hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums in Artikel 33 Grundgesetz, die aber einen großen Handlungsspielraum in der Auslegung zulässt.

Eine Einführung eines partiellen Streikrechts für Beamte ist aber aus Sicht der DPoIG nicht geeignet, diese Problematik hinreichend zu lösen.

Das Konstrukt des Berufsbeamtentums ist international beachtet und ein Erfolgsmodell. Es sorgt dafür, dass in den Bereichen hoheitlicher Tätigkeit eine Funktionsfähigkeit des Staates, unabhängig von Arbeitskämpfen, gesichert ist. Gerade in den Zeiten, in denen es gesellschaftliche Verwerfungen oder besondere Krisensituationen gibt, bedarf es einer funktionsfähigen und loyalen öffentlichen Verwaltung. Dieses soll nach Maßgabe der DPoIG auch künftig der Fall bleiben.

Beamte sollen in den Kernbereichen der öffentlichen Verwaltung mit hoheitlichen Tätigkeiten eingesetzt werden. Diesen Kernbereich auch in Krisenzeiten uneingeschränkt funktionsfähig zu halten muss oberste Priorität haben. Dazu ist es unbeachtlich, dass Beamte im täglichen Dienst hin und wieder auch mit Aufgaben betraut werden, die nicht als hoheitlich anzusehen sind.

Insbesondere für den Bereich der Polizeiverwaltung ist eine derartige Differenzierung schlichtweg nicht darstellbar. Alle Vollzugsbeamten müssen jederzeit mit einem Einsatz im polizeilichen Aufgabenvollzug rechnen. Verwaltungsbeamte im Polizeidienst schaffen darüber hinaus die logistischen Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Polizei.

Vielmehr muss eine Entwicklung gestoppt und zurückgedreht werden, innerhalb der Regierungen die Besoldung der Beamten zunehmend nach Kassenlage organisieren und einseitig das gegenseitige Vertrauensverhältnis brechen.

Diese Entwicklung kritisieren wir als DPoIG vehement und fordern eine gesetzliche Regelung ähnlich der des schleswig- holsteinischen Diätenanpassungsgesetzes, also die Beamtenbesoldung gesetzlich an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst zu koppeln.

Die DPoIG stellt das Streikverbot für Beamte nicht zur Disposition, es stellt ein wesentliches Element des Berufsbeamtentums dar. Ein nur partielles Streikrecht erscheint erst Recht nicht geeignet als Mittel des Arbeitskampfes. Vielmehr ist es aus Sicht der DPoIG erstrebenswert, im Bereich des Sonderstatusverhältnisses zwischen Staat und Beamten erst gar keine „arbeitskampfähnlichen Zustände“ erforderlich werden zu lassen.

Die DPoIG nimmt aber erfreut zur Kenntnis, dass die Fraktion der PIRATEN um strukturelle Verbesserungen in der Alimentation von Beamten bemüht ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Torsten Gronau
Landesvorsitzender
Deutsche Polizeigewerkschaft
Im DBB